

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Hermann Brückl, MA  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend **Grundlegende Reform der Pädagogenausbildung – Schluss mit ideologischem Ballast**

Die Qualität des Unterrichts steht und fällt mit der Qualität der Ausbildung jener Personen, die vor der Klasse stehen. Wer die besten Lehrerinnen und Lehrer für unsere Kinder will, muss bei der Ausbildung ansetzen. Die Realität an Österreichs Pädagogischen Hochschulen und Universitäten ist jedoch eine andere: Anstatt fachliches Können, didaktische Kompetenz und pädagogische Praxisnähe ins Zentrum zu rücken, wird das Studium zunehmend mit ideologischem Ballast überfrachtet.

Gender-Mainstreaming, Gender Studies und damit verbundene Wokeness-Inhalte haben in den vergangenen Jahren immer breiteren Raum in den Curricula eingenommen. Angehende Pädagoginnen und Pädagogen werden mit Sprachvorschriften wie Gender-Sternchen, Binnen-I und Gender-Gap-Symbolen konfrontiert, die nicht einmal den Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung entsprechen. Geschlechterideologische Pflichtmodule, „Diversity“-Konzepte und die übermäßige Betonung von Deutsch als Zweitsprache verdrängen jene Inhalte, auf die es im Unterricht tatsächlich ankommt: fundierte Fachkenntnisse, klare Methodik und praxistaugliche Didaktik. Das ist ein bildungspolitischer Irrweg, der die Qualität der Ausbildung schwächt und damit unmittelbar die Schülerinnen und Schüler trifft.

Die Folgen sind statistisch belegbar: Laut Rechnungshofbericht „Lehrpersonaleinsatz“ (Reihe BUND 2025/18)<sup>1</sup> hat sich der Anteil der Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sowie der Lehramtsstudierenden, die ohne abgeschlossene Ausbildung in den Klassen stehen, in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Während im Schuljahr 2014/15 in Volksschulen 1,2 Prozent und in der Sekundarstufe 3,1 Prozent dieser Gruppe angehörten, waren es 2022/23 bereits 5,3 Prozent bzw. ein deutlich höherer Wert in der Sekundarstufe.<sup>2</sup> Bei den Neuanstellungen sind heute weniger als die Hälfte der Lehrer voll ausgebildet – der Anteil der Lehramtsstudierenden liegt bei 27 Prozent, jener der Quereinsteiger bei 12 Prozent.<sup>3</sup> Diese Entwicklung ist nicht nur Folge des Lehrermangels, sondern auch Ausdruck einer Ausbildung, die zu lang, zu theoretisch und zu ideologisch ausgerichtet ist – und dadurch potenzielle Kandidaten abschreckt.

Erforderlich ist eine grundlegende Reform der Pädagogenausbildung, die Praxisnähe, Fachkompetenz und Effizienz in den Vordergrund stellt. Pädagogische Hochschulen sind zu Fachhochschulen umzuwandeln und auf die Ausbildung für die Primarstufe zu konzentrieren, während die Ausbildung für die Sekundarstufe an Universitäten unter der Verantwortung der fachlich zuständigen Fakultäten zu erfolgen hat. Die Curricula

---

<sup>1</sup> [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2025\\_18\\_Lehrpersonaleinsatz.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2025_18_Lehrpersonaleinsatz.pdf) (aufgerufen am 27.05.2026)

<sup>2</sup> <https://www.schule.at/serien/edustories/detail/immer-mehr-lehrkraefte-ohne-klassische-lehrerausbildung> (aufgerufen am 27.05.2026)

<sup>3</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000295609/heuer-weniger-als-h228lfte-der-neu-angestellten-lehrer-voll-ausgebildet> (aufgerufen am 27.05.2026)

sind zu entschlacken und konsequent vom ideologischen Ballast – insbesondere von Genderthemen und Wokeness-Inhalten – zu befreien.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

### Entschließungsantrag

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, welche eine grundlegende Reform der Pädagogenausbildung beinhaltet und insbesondere folgende Maßnahmen umfasst:

1. **Stopp der Umsetzung** der 2024 beschlossenen Änderungen der Pädagogenausbildung.
2. **Verkürzung der Ausbildung für die Primarstufe auf drei Jahre.** Die Primarstufenausbildung erfolgt ausschließlich an den zu (pädagogischen) Fachhochschulen umqualifizierten Pädagogischen Hochschulen.
3. **Verlagerung der Sekundarstufenausbildung an die Universitäten** unter der Verantwortung der fachlich zuständigen Fakultäten, mit einem Hauptfach für die Berechtigung zum Unterricht in der Sekundarstufe II sowie ein bis zwei dazu passenden Nebenfächern, deren frühzeitiger Abschluss bereits zum Unterricht in der Sekundarstufe I berechtigt.
4. **Konsequente Befreiung der Curricula von ideologischem Ballast** – insbesondere Streichung verpflichtender Inhalte zu Gender-Mainstreaming, Gender Studies und Wokeness sowie der übermäßigen Betonung von Deutsch als Zweitsprache. Verzicht auf Gendersonderzeichen in allen Studien- und Prüfungsunterlagen gemäß den Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung.
5. **Wiedereinführung der sonderpädagogischen Ausbildung** als eigenständige Qualifikation mit klar definierten Ausbildungserfordernissen und Inhalten.“

*In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Bildungsausschuss zuzuweisen.*

